

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 16 (1969)
Heft: 9

Rubrik: Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet L'Office fédéral de la protection civile communique L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Hat die Katastrophenübung wirklich eine Katastrophe aufgedeckt?

In einem kürzlich unter dem Titel «Katastrophenübung deckt Katastrophe auf» in verschiedenen Tageszeitungen erschienenen Artikel wurde behauptet, dass die vom Bundesamt für Zivilschutz den Schutzorganisationen gelieferten Tragbahnen nicht in die für den Verwundetentransport bestimmten Armeefahrzeuge verladen werden können. Diese Publikationen erfolgten im Anschluss an eine Zivilschutzübung in der ostschweizerischen Gemeinde Rümliang.

Das Bundesamt hat die Angelegenheit zusammen mit Vertretern der Gemeinde, der Truppe sowie der Armeepotheke an Ort und Stelle untersucht. Es wurde eindeutig festgestellt, dass der wirkliche Sachverhalt in keiner Art und Weise mit dieser Pressemeldung übereinstimmt. In Tat und Wahrheit ist der Sachverhalt folgender:

1. Bei den vom Bundesamt für Zivilschutz den Schutzorganisationen gemäss Materialliste zugeordneten und zum Teil bereits abgelieferten Tragbahnen handelt es sich um den Typ Feldbettbahre der Armee, Modell 51. Diese Tragbahnen entsprechen also in jeder Beziehung den Armeetragebahnen.
2. Der vom Bundesamt wiederholte Verladeversuch hat ergeben, dass die Tragbahnen des Zivilschutzes in alle für den Verwundetentransport eingerichteten Fahrzeuge der Armee einwandfrei und ohne irgendwelche Schwierigkeiten verladen werden können.

Die aufgetretene Unstimmigkeit ist nur so erklärbar, dass wahrscheinlich eigene Spezialbahnen der Werkstattheit einer Unternehmung durch deren Betriebschutzorganisation verwendet worden sind. Leider konnte der Tatbestand nicht mehr eindeutig rekonstruiert werden.

Die Requisition im Zivilschutz

Die Requisition ist ein im Krieg seit der Antike bekanntes und gehandhabtes Verfahren, mit dem sich eine Armee diejenigen Mittel durch «Beschlagnahme» beschaffte, welche sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchte. Zur Verminderung der Missbräuche wurden für die Requisition in der neuesten Zeit im Kriegsrecht Regeln aufgestellt. So wurde in

Art. 53 des Haager Landkriegsabkommens vom Jahre 1907 bestimmt, was durch Beschlagnahme requiriert werden konnte.

Bisher war die Requisition den Armeen vorbehalten. Die Armeen beschafften sich auf dem Wege der Requisition, d. h. durch Beschlagnahme gegen Entschädigung diejenigen Güter, die nicht mehr auf dem normalen Weg — zum Beispiel durch Kauf oder Miete — erhältlich waren. Der Beschaffung auf dem Wege der Requisition bei den inländischen Eigentümern kommt unter den schweizerischen Milizverhältnissen eine besondere Bedeutung zu. Im Gegensatz zu einem stehenden Heer benötigt unsere Milizarmee ihre gesamte zusätzliche Ausrüstung erst im Mobilmachungsfall. Neben Waffen und militärischen Geräten gibt es Teile der materiellen Ausrüstung, die erst im Mobilmachungsfall und noch später zu beschaffen sind, wie zum Beispiel Motorfahrzeuge, Baugeräte usw.

Nachdem sich der Einsatz von Kampfmitteln zu Terrorangriffen gegen die Zivilbevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg noch mehr zuungunsten der Zivilbevölkerung entwickelt hat, ist das Problem des *Schutzes der Zivilbevölkerung* in vermehrtem Masse in den Vordergrund getreten. Im Zusammenhang damit wurde das Bundesgesetz über den Zivilschutz vom 23. März 1962 geschaffen. In Art. 76 wurde für Zeiten aktiven Dienstes auch ein *Requisitionsrecht zugunsten des Zivilschutzes* eingeführt, und zwar zu den gleichen Entschädigungsbedingungen wie für die Armee. In Absatz 2 dieses Artikels wird festgelegt, dass die nötigen Vorbereitungen schon in Friedenszeiten zu treffen seien. Art. 91 bestimmt, dass der Bundesrat die Koordination des Zivilschutzes mit der Armee und der Kriegswirtschaft ordnet. Gestützt auf Art. 89 erlässt der Bundesrat die erforderlichen Ausführungs- und Verfahrensbestimmungen.

Auf Grund dieser 3 Artikel des Bundesgesetzes über den Zivilschutz hat der Bundesrat die *Verordnung über die Requisition* vom 3. April 1968 erlassen. Damit wurde eine grundlegende Neuordnung des Requisitionswesens für die Armee, den Zivilschutz und die Kriegswirtschaft geschaffen. Es ist dadurch *erstmalig zivilen Organen das Recht zur Requisition* eingeräumt.

Bei der Requisition handelt es sich um keinen einheitlichen Begriff. Je nach dem Requisitionsgut und je nach dem Bedürfnis der berechtigten staatlichen Organe können verschiedene Arten von Requisitionsverfahren angewendet werden. Es werden 3 Arten von *Requisitionsverfahren* unterschieden:

1. *Grundrequisition* (Mobilmachungsrequisition)

«Sie bezieht sich auf Sachen, deren die Requisitionsberechtigten zu Beginn und für die Dauer

ihres Einsatzes zur Vervollständigung ihrer Grundausrüstung bedürfen, insbesondere Motorfahrzeuge, Luftfahrzeuge, Baugeräte und Tiere»;

2. Ordentliche Requisition

«Sie bezieht sich auf Sachen, deren die Requisitionsberechtigten für die Erfüllung von Aufgaben bedürfen, für welche die Mittel der Grundausrüstung bzw. der Grundrequisition nicht ausreichen bzw. nicht mehr bereitgestellt werden können»;

3. Notrequisition

«Sie ist nur bei Vorliegen ausserordentlicher Verhältnisse insbesondere zur Hilfeleistung bei Katastrophen oder im Krieg zulässig und erfolgt, falls die benötigten Sachen durch die Grund- bzw. ordentliche Requisition nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können.»

Für den Zivilschutz ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die Vorbereitung der Grundrequisition von Gebäulichkeiten vordringlich. An vielen Orten ist die Anzahl der bereits vorhandenen Anlagen und Einrichtungen der Schutzorganisationen des Zivilschutzes unzureichend. Es werden auch noch Jahre vergehen bis die Lücken geschlossen sein werden. Deshalb muss damit gerechnet werden, dass im Falle eines aktiven Dienstes bis auf weiteres die benötigten Anlagen und Einrichtungen fehlen. Aus diesem Grunde muss Vorsorge getroffen und müssen die geeigneten Räumlichkeiten innert nützlicher Frist sichergestellt werden. Die Auswahl solcher provisorischer Anlagen erfolgt nach «baulichen Richtlinien», welche die Mindestanforderungen enthalten, welche an provisorische Anlagen gestellt werden müssen.

Die Vorbereitung der Grundrequisition von Gebäulichkeiten für den Zivilschutz wird vom Bundesamt für Zivilschutz, den kantonalen Zivilschutzstellen und den örtlichen Schutzorganisationen als den Requisitionsberechtigten durchgeführt. Die Requisitionsbegehren werden von der Unterabteilung Territorialdienst, welche für die Requisition von Gebäulichkeiten das zuständige Requisitionsorgan ist, beurteilt. Die Aufsicht über das Requisitionswesen führt die Requisitionskommission, welche auch für die Zuteilung zuständig ist und bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet.

Die Vorbereitung der Grundrequisition von anderen Sachen für den Zivilschutz (Motorfahrzeuge, Baumaschinen u. a.) wird zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen.

Mit dem Recht auf Requisition greift der Staat in «Zeiten aktiven Dienstes» in die geschützten Interessen des Einzelnen ein, um die im Gesamtwohl des Landes liegenden Aufgaben erfüllen zu können. In der Verordnung über die Requisition sind deshalb verschiedene Schutzmassnahmen vorgesehen:

1. Die zeitliche Beschränkung der Requisition auf die «Zeit aktiven Dienstes». Eine Requisition ist also in Friedenszeiten nicht möglich. Es ist jedoch erforderlich, dass die Requisition bereits in Friedenszeiten vorbereitet wird, wie zum Beispiel die Vorbereitung der Stellungspflicht von Motorfahrzeugen oder die Vorbereitung der Grundrequisition von Gebäulichkeiten.
2. Die Beschränkung der Requisition auf Sachen, die für die Erfüllung einer Aufgabe unbedingt erforder-

lich sind und die auf einem anderen Weg (Kauf, Miete u. a.) nicht beschafft werden können.

3. Die unverzügliche Rückgabe von requirierten Sachen an die Eigentümer sobald sie nicht mehr benötigt werden.
4. Die Entschädigungspflicht des Requisitionsberechtigten gegenüber dem Eigentümer gemäss Bundesratsbeschluss betreffend Requisitionsentschädigungen und Höchstleistungssummen vom 24. Juni 1968.
5. Von der Requisition ausgeschlossen ist zum Beispiel der Besitz diplomatischer Missionen, ausländische Transportmittel (unter gewissen Bedingungen) u. a.

Abschliessend darf gesagt werden, dass der Zivilschutz durch die neue Regelung der Requisition ein zweckmässiges Instrument erhalten hat um seine wichtigen Aufgaben in Zeiten aktiven Dienstes durchführen zu können.

Rapporte des Bundesamtes für Zivilschutz mit den Chefs der kantonalen Zivilschutzstellen vom Oktober und Dezember 1968

Frage der Kantone

Bildung von BSO sowie Erstellung ihrer Anlagen und Einrichtungen in eidgenössischen Betrieben und konzessionierten Transportunternehmungen
Bezüglich Behandlung der eidgenössischen Betriebe und konzessionierten Transportanstalten, insbesondere der militärischen Einrichtungen (Zgh, Flpl, AMP usw.), stellen sich verschiedene Fragen, die der Abklärung bedürfen. Als Beispiele werden erwähnt:

- *Muss in einem Zeughaus oder auf einem Flugplatz eine BSO gebildet werden, obwohl diese Objekte bei erhöhter Gefahr von den betreffenden militärischen Formationen übernommen werden?*
- *Wenn ja, mit welchen personellen Mitteln?*
- *Werden dann diese Anlagen als BSO in den Zivilschutzplan eingetragen?*
- *Wie wird die Zuteilung des Materials an die betr. BSO geregelt?*
- *Wie verhält es sich bei Neubauten auf solchen Objekten mit den Schutzräumen und gegebenenfalls mit den Anlagen und Einrichtungen für die BSO? Wer bestimmt deren Dimensionierung, beispielsweise bei einer Kaserne?*

Antwort des Bundesamtes

A. Betriebsschutzmässig lassen sich die eidgenössischen Militärbetriebe in folgende Gruppen aufteilen (vergleiche Beilage)

1. Betriebe, die nach KMob mit ihrem Personal weitergeführt werden:
 - Militärwerkstätten der GRD
 - Eidg. Landestopographie
 - Eidg. Turn- und Sportschule

2. Betriebe, die nach KMOB durch militärische Formationen weitergeführt werden:

- a) Betriebe, die durch militärische Formationen übernommen werden, deren Angehörige schon heute in diesen Betrieben arbeiten und die den Betriebsschutz organisieren:
 - KMV einschl. AMP = Materialformationen
- b) Betriebe, die durch aussenstehende militärische Formationen belegt werden und die in den betreffenden Betrieben die Schutzmassnahmen zu organisieren haben:
 - G + F = Festungswesen
 - AMF = Flugplatzgeniekrp
 - OKK = Versorgungseinheiten, Tankanlageeinheiten
 - San = Sanitätsformationen

3. Betriebe, die nach der KMOB leerstehen oder deren Belegschaft zur Bildung einer Betriebsfeuerwehr nicht ausreicht:
Je nach taktischer Lage.

Betriebe der Gruppe 1, die im Frieden über eine Betriebsfeuerwehr verfügen, haben in Zeiten aktiven Dienstes eine BSO aufzustellen und auszubilden, die in der Lage ist, den Schutz der Belegschaft und der Objekte bei Bränden und Zerstörungen zu übernehmen. Die BSO rekrutiert sich aus Dienstfreien und Kriegsdienstdispensierten, die im Betriebe arbeiten. Betriebe der Gruppe 2a verfügen wie bei Gruppe 1 über eine Betriebsfeuerwehr und stellen ebenfalls

eine BSO auf und bilden sie aus. Die BSO rekrutiert sich neben den Dienstfreien auch aus Wehrpflichtigen der Materialformation. Die BSO übernimmt den Schutz des Betriebes, bis er durch militärische Formationen übernommen wird. Von da weg hat die betreffende Einheit den Schutz des Betriebes sicherzustellen. Für diese Aufgaben stehen ihr die im Feuerwehr- und Rettungsdienst ausgebildeten Kader und Mannschaften sowie die Angehörigen und das Material der bisherigen BSO zur Verfügung.

In Betrieben der Gruppe 2b, die in der Regel eine Betriebsfeuerwehr besitzen, hat diese den Brandschutz weiter sicherzustellen, bis die Anlagen durch die militärischen Formationen belegt sind. Diese Einheiten haben alsdann den Schutz der Betriebe zu übernehmen. Für die Brandbekämpfung steht ihnen das in den Betrieben vorhandene Feuerwehrmaterial zur Verfügung.

Leerstehende Betriebe der Gruppe 3 können, je nach dazumaliger Lage, für die Belange des Zivilschutzes berücksichtigt werden, z. B. als Obdachlosensammelstelle, evtl. als Lager oder für die Lagerung von gerettetem Material u. a. m.

Nach der heute gültigen Verordnung über den Zivilschutz in den eidgenössischen Betrieben und konzessionierten Transportunternehmungen vom 22. Oktober 1965 besteht die Verpflichtung zur Aufstellung von Schutzorganisationen in den eidgenössischen Betrieben. Die durch die Verschiedenartigkeit der Betriebe bedingte Aufstellung von Betriebsfeuerwehren im Frieden berührt indessen die Verpflichtung zur Aufstellung der BSO in den Militärbetrieben für die Zeiten des aktiven Dienstes in keiner Art und Weise.

Beilage

Gruppe	Organisation		
	im Frieden	im Aktivdienst	Uebernahme durch militärische Formationen
1 (Regiebetriebe)	Betriebsfeuerwehr	BSO Personal: Dienstfreie und Kriegsdienstdispensierte des Betriebes Material: gem. Materialliste ZS Gliederung: BSO mit Diensten Bereitstellung: wie private BSO	Nein
2a (KMV)	Betriebsfeuerwehr	BSO Personal: Dienstfreie, Wehrpflichtige der Materialformationen Material: gem. Materialliste ZS Gliederung: BSO mit Diensten Bereitstellung: wie private BSO	Schutz der Anlagen durch die entsprechende militärische Formation (mit Material der BSO)
2b (G + F, OKK)	Betriebsfeuerwehr	Betriebsfeuerwehr (Kriegsdienstdispensierte Beamte und Angestellte bleiben zurück)	Schutz der Anlagen durch die entsprechende militärische Formation mit Material der Betriebsfeuerwehr)
3 (je nach takt. Lage: leerstehende Betriebe)	Evtl. Betriebsfeuerwehr	Evtl. Betriebsfeuerwehr Wenn Anlage leersteht, kann OSO darüber verfügen, z. B. als Lager, ObdSst usw.	Je nach taktischer Lage

Die Zuteilung des Materials an die eidgenössischen Militärbetriebe erfolgt über die zuständige eidgenössische Betriebsschutzstelle.

B. In organisationspflichtigen Gemeinden gelegene Kasernenneubauten und wesentliche Umbauten haben, gemäss einer im Einvernehmen mit der Eidg. Finanzverwaltung erlassenen internen Richtlinie des BZS vom 31. Januar 1968, Schutzanlagen und deren Einrichtungen nach den Vorschriften für den privaten Schutzraumbau sowie nach Möglichkeit Schutzanlagen und deren Einrichtungen für Betriebsschutzorganisationen zu enthalten. Bei Kasernen, die als Basisspital dienen sollen und eingerichtet werden, ist in jedem Fall eine Betriebsschutzorganisation vorzusehen.

In den nichtorganisationspflichtigen Gemeinden gilt dieselbe Regelung, insofern die Kasernen für die Verwendung als Basisspital vorgesehen und eingerichtet werden sollen. Bei den Kasernen ohne Basisspital ist im Interesse der Förderung des Zivilschutzgedankens als freiwillige Massnahme im Rahmen der baulichen und finanziellen Möglichkeiten vorzugehen.

Truppenlager mit Kellergeschossen werden den Kasernen gleichgestellt.

Nicht bundeseigene Waffenplätze werden nach denselben Richtlinien behandelt.

(Kantonale Zeughäuser sind der kantonalen Verwaltungs-BSO gleichzustellen.)

Kasernenneubauten werden gemäss Art. 1 der Verordnung über den Zivilschutz in den eidgenössischen Betrieben und konzessionierten Transportunternehmungen vom 22. Oktober 1965 nach der Verordnung vom 15. Mai 1964 über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz behandelt. Die Dimensionierung, Platzfragen usw. werden mit dem BZS bereinigt. Dies gilt für alle Bauten der eidgenössischen Betriebe.

Die Eintragungen dieser Anlagen in den Zivilschutzplan richten sich einerseits nach dem Bundesgesetz über den Schutz militärischer Anlagen vom 23. Juni 1950 und andererseits nach den Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz über die Erstellung der Zivilschutzpläne und der dazugehörenden Unterlagen vom 1. Oktober 1964, Art. 4.

Als Faustregel gilt: «Alle auf dem Ortsplan ohnehin eingetragenen pflichtigen Betriebe sind in das Dispositiv einzubeziehen.»

In Zweifelsfällen hat sich die kantonale Zivilschutzstelle bzw. kommunale Zivilschutzstelle beim zuständigen Chef der Eidg. BSO oder dessen vorgesetzter Stelle über die Frage des Eintrages zu erkundigen.

Les brancards – une catastrophe?

Dans un article publié dernièrement dans différents journaux, l'auteur a prétendu que les brancards livrés par l'Office fédéral de la protection civile aux organismes de protection locaux, ne pouvaient pas être chargés sur les véhicules d'armée destinés au transport des blessés. Les raisons en étaient que les brancards de la protection civile ne correspondaient pas aux modèles de l'armée. Cet article a été publié à la suite d'un exercice de protection civile qui s'est déroulé dans la commune de Rümlang en Suisse orientale.

L'Office fédéral a examiné cette affaire sur place avec des représentants de la commune, de la troupe

et de la pharmacie de l'armée. Il a été constaté indéniablement que les déclarations contenues dans l'article ne correspondaient nullement à la réalité. Nous nous voyons contraints à la déclaration suivante:

1. Pour ce qui est des brancards attribués par l'Office fédéral de la protection civile et selon la liste du matériel aux organismes de protection locaux — und grande partie de ces derniers a déjà été livrée — il s'agit de modèles de l'armée, correspondant donc en tous points à l'ordonnance.
2. Un nouvel essai de chargement effectué par l'Office fédéral a démontré indiscutablement que les brancards de la protection civile pouvaient être chargés sans difficultés sur tous les véhicules de l'armée aménagés pour le transport des blessés.

La confusion ainsi apparue ne peut s'expliquer que par le fait que des brancards spéciaux appartenant au service sanitaire d'une entreprise auront été utilisés par l'organisme de protection de cette même entreprise. Il a malheureusement été impossible d'élucider les circonstances exactes qui ont provoqué une telle situation.

La réquisition dans la protection civile

Depuis l'antiquité, la réquisition est un procédé connu et appliqué en temps de guerre, grâce auquel une armée se procurait les moyens par «saisie» dont elle avait besoin pour accomplir ses tâches. Afin de diminuer les abus, on a établi au début de ce siècle, pour la réquisition, des règles dans les lois de la guerre. C'est ainsi que l'article 53 de la convention de La Haye de 1907 concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre détermine ce qui a pu être réquisitionné par saisie.

Jusqu'ici, la réquisition était réservée aux armées qui, grâce à ce procédé, c'est-à-dire par saisie moyennant indemnité, se procuraient les biens non plus trouvable normalement, par exemple à la suite d'achat ou de location. Une importance particulière est attribuée au fait de se procurer des biens par voie de réquisition chez les propriétaires du pays, compte tenu des conditions suisses d'une armée de milices. Au contraire d'une armée permanente, notre armée de milices n'a besoin de tout son équipement supplémentaire qu'en cas de mobilisation. Outre les armes et les engins militaires, il y a des parties de l'équipement matériel qui ne doivent être obtenues qu'en cas de mobilisation et encore plus tard, telles que par exemple les véhicules à moteur, les engins du génie civil, etc.

L'usage d'armes par attaques aériennes sur les arrières, sur les villes ouvertes s'étant développé, depuis la Seconde Guerre mondiale, encore plus au détriment des populations civiles, le problème de la protection de ces dernières est passé au premier plan dans une mesure accrue. C'est à ce propos que l'on a promulgué la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la protection civile. L'article 76 de cette loi a introduit, pour le temps du service actif et en faveur de la protection civile, un droit de réquisition aux mêmes conditions d'indemnisation que l'armée. Le 2e alinéa de cet article dispose que les préparatifs nécessaires

doivent être faits déjà en temps de paix. L'article 91 précise que le Conseil fédéral règle la coordination de la protection civile avec l'armée et l'économie de guerre. Se fondant sur l'article 89, le Conseil fédéral édictera les prescriptions d'exécution et de procédure nécessaires.

En vertu de ces trois articles de la loi fédérale sur la protection civile, le Conseil fédéral a arrêté l'«Ordonnance concernant la réquisition» du 3 avril 1968. Ainsi a été créée une réorganisation fondamentale du droit de réquisition pour l'armée, la protection civile et l'économie de guerre. C'est donc *la première fois que le droit de réquisition est conféré à des organes civils.*

Le concept de réquisition n'implique pas l'idée d'unité. Suivant les biens réquisitionnés et les besoins des organes autorisés de l'Etat, différents modes de réquisition peuvent être appliqués. On distingue *trois modes de réquisition*, à savoir:

1. «*La réquisition de base (ou de mobilisation), qui concerne les biens nécessaires aux ayants droit, dès le début et pour la durée de leur activité, pour compléter leurs équipements réglementaires, notamment les véhicules à moteur, aéronefs, engins du génie civil et animaux;*»
2. «*La réquisition ordinaire, qui concerne les biens nécessaires aux ayants droit, pour exécuter des tâches lorsque les équipements réglementaires ou fournis par la réquisition de base sont insuffisants ou ne sont plus disponibles;*»
3. «*La réquisition d'urgence, qui est admise et à laquelle on peut recourir seulement lors de circonstances particulières, notamment pour intervenir en cas de catastrophes ou de guerre, lorsque les biens nécessaires ne peuvent pas être fournis à temps par la réquisition de base ou la réquisition ordinaire.*»

Actuellement, pour la *protection civile*, la *préparation de la réquisition de base de bâtiments* est prioritaire. Dans beaucoup de localités, le nombre des installations et des dispositifs qui existent déjà pour les organismes de la protection civile est insuffisant. Il s'écoulera encore des années jusqu'à ce que ces lacunes soient comblées. C'est pourquoi il faut s'attendre qu'en cas de service actif les installations et les dispositifs nécessaires manqueront jusqu'à nouvel ordre. Telle est la raison pour laquelle il faut prendre des précautions et assurer les locaux appropriés dans les délais voulus. Les *installations provisoires* seront choisies conformément aux «Directives de l'Office fédéral de la protection civile concernant les exigences minimums auxquelles doivent répondre les constructions». Elles précisent donc les exigences minimums qui doivent être posées aux installations provisoires.

Pour la protection civile, l'office fédéral, les offices cantonaux et les organismes locaux de protection, en leur qualité d'*ayants droit*, préparent la réquisition de base de bâtiments. La subdivision: service territorial, qui est l'*organe* compétent pour réquisitionner les bâtiments, juge des *demandes de réquisition*. La *commission de réquisition* a notamment pour tâche de surveiller les travaux concernant la réquisition; elle est également compétente pour décider, en cas de divergences, de l'attribution des biens.

Les préparatifs de la réquisition de base d'autres biens en faveur de la protection civile (véhicules à

moteur, engins du génie civil, entre autres) seront faits à une date ultérieure.

En faisant usage du *droit à la réquisition*, l'Etat intervient, «en temps de service actif», dans les intérêts protégés de l'individu, afin de pouvoir accomplir les tâches qui sont dans l'intérêt du bien général. Aussi l'ordonnance concernant la réquisition prévoit-elle différentes *mesures de protection*:

1. La *limitation*, dans le temps, de la réquisition en «cas de service actif». La réquisition est donc impossible en temps de paix. Toutefois, il est nécessaire que la réquisition soit organisée en temps de paix déjà, comme par exemple les préparatifs de fourniture de véhicules à moteur ou les préparatifs de la réquisition de base de bâtiments.
2. La *limitation de la réquisition* à des biens qui sont *absolument indispensables* pour accomplir une tâche et qui ne peuvent être procurés d'une autre manière (achat, location, entre autres possibilités).
3. *Rendre sans retard* les biens (qui avaient été réquisitionnés) à leurs propriétaires dès que l'on n'a plus besoin des choses.
4. L'*obligation* des ayants droit d'*indemniser* les propriétaires en vertu de l'arrêté du 24 juin 1968 du Conseil fédéral fixant les indemnités et valeurs d'estimation maximales en cas de réquisition.
5. *Ne peuvent être réquisitionnés* par exemple les biens en possession de missions diplomatiques et le matériel d'entreprises étrangères de transport (à certaines conditions), entre autres.

En conclusion, il est permis de dire que, grâce à l'ordonnance concernant la réquisition, la protection civile a été dotée d'un instrument utile pour pouvoir accomplir ses importantes tâches en cas de service actif.

Rapports de l'Office fédéral de la protection civile avec les chefs des Offices cantonaux de la protection civile, octobre et décembre 1968

Questions des cantons

Organisation des OPE et construction de leurs dispositifs et installations dans les établissements fédéraux et les entreprises de transports concessionnaires

Diverses questions se posent quant aux mesures de protection civile à prendre dans les établissements fédéraux et les entreprises de transport concessionnaires, en particulier dans les établissements militaires (ars, aérod, PPA, etc.). Mentionnons comme exemple:

- *Faut-il organiser un OPE dans un arsenal ou sur un aérodrome, bien que ces dispositifs soient occupés en cas de danger imminent par les troupes qui leurs sont affectées?*
- *Dans l'affirmative, avec quel personnel?*
- *Devra-t-on alors aussi inclure ces dispositifs en tant qu'OPE dans le plan de la protection civile?*

- Comment faudra-t-il régler la question de l'attribution du matériel de ces OPE?
- Faudra-t-il aussi envisager la construction d'abris ou, s'il y a lieu, l'organisation d'OPE dans les bâtiments nouvellement érigés sur ces dispositifs militaires? D'autre part, qui en déterminera leurs dimensions, dans une caserne par exemple?

Réponse de l'office fédéral:

A. Du point de vue protection civile, les établissements militaires fédéraux peuvent être classés selon les groupes suivants (voir aussi l'annexe):

1. Etablissements qui, après la mob G, maintiennent leur activité avec leur personnel:
 - ateliers militaires du grpt arm
 - service topographique fédéral
 - école fédérale de gymnastique et de sport
2. Etablissements dont l'activité serait assurée, après la mob G, par les formations militaires:
 - a) établissements qui sont occupés par des formations militaires dont les effectifs sont constitués par du personnel travaillant aujourd'hui déjà dans ces établissements et qui sont tenus d'organiser un OPE
 - IMG, PAA, inclus = formations du matériel

- b) établissements qui sont occupés par des formations militaires affectées à l'établissement et qui sont tenues d'organiser un OPE

- G + F = fortifications
- SAM = cp du génie des aérod
- CCG = unités de subsistance, unités des entrepôts d'essence
- San = formations san

3. Les établissements qui sont vides après une mob G ou dont le personnel ne suffit pas à former un service antifeu d'établissement: suivant la situation tactique.

Les établissements du *groupe 1*, qui disposent en temps de paix d'une formation de sapeurs-pompiers d'établissement, doivent, lors de service actif, organiser et instruire un OPE capable de protéger et de sauver le personnel et les biens en cas d'incendies et de destructions. L'effectif de cet OPE sera constitué par le personnel de l'établissement libéré du service militaire ou en possession d'une dispense de guerre.

Les établissements du *groupe 2a*, qui disposent comme ceux du groupe 1 d'une formation de sapeurs-pompiers d'établissement, doivent également organiser et instruire un OPE. L'effectif de cet OPE sera constitué par des hommes libérés du service militaire ainsi que par la troupe des formations de matériels.

Annexe

Groupe	Organisation		
	en temps de paix	en service actif	Formation militaire de relève
1 (Etablissements de régie)	Sapeurs-pompiers d'établissement	OPE Recrutement: personnel de l'établissement libéré du service ou dispensé de guerre Matériels: selon liste du matériel de la protection civile Organisation: OPE avec services état de préparation: comme OPE privés	Non
2a (IMG)	Sapeurs-pompiers d'établissement	OPE Recrutement: hommes libérés du service et militaires des formations de matériel Matériels: selon liste du matériel de la protection civile Organisation: OPE avec services Etat de préparation: comme OPE privés	Protection des dispositifs par les formations militaires conformes (avec les matériels des OPE)
2b (G + F, CCG)	Sapeurs-pompiers d'établissement	Sapeurs-pompiers d'établissement (Les fonctionnaires et employés dispensés de guerre restent)	Protection des installations par les formations militaires conformes (avec les matériels des sapeurs-pompiers d'établissement)
3 (Selon situation tactique: établissements vides)	Eventuellement sapeurs-pompiers d'établissement	Eventuellement sapeurs-pompiers d'établissement Si l'établissement est vide l'OPL peut en disposer par exemple comme dépôt, Po ras, SA, etc.	Selon situation tactique

Cet OPE assure la protection de l'établissement jusqu'à ce qu'il soit relevé par des formations de l'armée. A partir de ce moment, il appartiendra à ces dernières d'assurer la protection de l'établissement. Elle pourra disposer à cet effet de ces cadres et de ses hommes qui ont des connaissances des services du feu et de sauvetage ainsi que du personnel et des matériels de sapeurs-pompiers de l'ancien OPE.

Dans les établissements du *groupe 2b*, où un OPE a été généralement organisé, c'est ce dernier qui devra assurer la protection contre les incendies jusqu'à ce que l'établissement soit occupé par la formation de l'armée. Dès ce moment, ce sera cette unité qui devra organiser la protection de l'établissement. A cet effet, elle disposera du matériel de sapeurs-pompiers de l'établissement.

Les établissements vides du *groupe 3* peuvent, selon la situation du moment, être retenus pour les besoins de la protection civile, par exemple, comme place de rassemblement de sans-abri, comme dépôt ou pour y entreposer du matériel, sauvé, etc.

Selon l'ordonnance du 22 octobre 1965 aujourd'hui en vigueur sur la protection civile dans les établissements fédéraux et les entreprises de transport au bénéfice d'une concession (FOPC 3, 21), les établissements fédéraux sont tenus de constituer des organismes de protection. Les formations de sapeurs-pompiers d'établissement du temps de paix dont l'organisation varie selon les nécessités des divers établissements, ne dispensent nullement les établissements militaires fédéraux de l'obligation de constituer un OPE en cas de service actif.

C'est l'Office fédéral de protection d'établissement compétent qui attribue les matériels aux établissements militaires fédéraux.

B. Dans les *casernes*, qui sont situées dans des *communes tenues de créer des organismes de protection* et qui sont l'objet de transformations transcendantes, devront être construits, selon des prescriptions internes de l'OFPC promulguées le 31 janvier 1968 après entente avec l'Administration fédérale des finances, des abris avec leurs dispositifs d'après les ITAP 1966 et, si possibilité il y a, des installations avec leurs dispositifs pour les OPE. Dans les casernes qui sont prévues de devoir servir d'hôpital de base, un OPE doit en tout cas être prévu.

La même réglementation est applicable dans les *communes non tenues de créer des organismes de protection*, pour autant que les casernes soient prévues de devoir servir d'hôpital de base. Dans les casernes qui ne sont pas prévues comme tel, il s'agira d'œuvrer en sorte, dans l'intérêt de propager la conception de la protection civile, que *les mesures de protection soient appliquées volontairement* dans le cadre des possibilités constructives et financières.

Les *camps de troupes* qui possèdent des caves sont traités de la même manière que les casernes.

Les *places d'armes n'appartenant pas à la Confédération* sont également traitées selon les mêmes prescriptions.

(Les *arsenaux cantonaux* sont à assimiler aux OPE de l'administration cantonale.)

Les *nouvelles constructions de casernes* sont traitées selon l'article premier de l'ordonnance du 22 octobre 1965 sur la protection civile dans les établissements fédéraux et les entreprises de transport au bénéfice d'une concession et selon l'ordonnance du 15 mai 1964 sur les constructions de protection civile (FOPC 1, 69). Les questions de dimensions et d'em-

placement sont mises au point en collaboration avec l'OFPC. Ceci est d'ailleurs valable pour toutes les nouvelles constructions d'établissements fédéraux.

L'inclusion de ces installations dans le plan de la protection civile est fondée d'une part sur la loi fédérale du 23 juin 1950 concernant la protection des installations militaires (non publiée dans la FOPC) et d'autre part sur l'article 4 des prescriptions du 1er octobre 1964 de l'OFPC sur l'établissement des plans de la protection civile et de leurs documents (FOPC 2, 32).

Pour ce faire il faut se tenir à l'argument majeur suivant: «Tous les établissements astreints aux mesures de protection civile qui sont indiqués sur le plan de la localité, doivent être inclus dans le dispositif d'ensemble.»

Dans le doute, l'Office cantonal ou communal de la protection civile s'adressera au chef de l'OPE fédéral compétent ou à l'organisme dont il dépend pour être fixé au sujet d'une telle inclusion dans le plan de la protection civile.

La barelle - una catastrofe?

In un articolo recentemente comparso su diversi giornali della Svizzera tedesca sotto il titolo «Esercizio di catastrofe che rivela una catastrofe», venne asserito che le barelle fornite dell'Ufficio federale della protezione civile agli organismi di protezione non possono essere caricate sugli autoveicoli dell'esercito destinati al trasporto dei feriti, perchè le stesse non corrispondono ai modelli dell'esercito. Questo articolo faceva seguito ad un esercizio di protezione civile svoltosi nel comune di Rümliang (Svizzera orientale).

L'Ufficio federale ha esaminato sul posto questa vicenda, insieme con rappresentanti del comune, della truppa e della Farmacia dell'esercito. Concorde si è potuto stabilire che la realtà dei fatti non corrispondeva per nulla alle asserzioni della stampa. Siccome da diverse parti ci vennero rivolte domande al proposito, siamo in dovere di precisare quanto segue:

1. Nel caso delle barelle assegnate, ed in parte già fornite, dall'Ufficio federale della protezione civile agli organismi di protezione conformemente all'Elenco del materiale, si tratta di barelle-letto di campagna, modello 51. Queste barelle corrispondono quindi in tutto e per tutto alle barelle dell'esercito.
2. Le prove di carico eseguite di nuovo dall'Ufficio federale hanno dimostrato che le barelle della protezione civile possono essere caricate senza difficoltà alcuna su tutti gli autoveicoli dell'esercito adibiti al trasporto dei feriti.

Le divergenze insorte trovano spiegazione solo nel fatto che, probabilmente, sono state impiegate anche delle barelle speciali di proprietà d'un organismo di protezione di stabilimento. Sgraziatamente il fatto non poté più essere ricostruito in modo evidente e certo.

La requisizione nella protezione civile

Già anticamente, la requisizione era un procedimento conosciuto e ammesso nei diritti della guerra. Essa permette ad un esercito di procurarsi con la «confisca» i mezzi di cui abbisogna per l'adempimento dei suoi compiti.

Allo scopo di evitare degli abusi, in questi ultimi tempi la requisizione venne regolamentata nei diritti della guerra. In modo particolare l'art. 53 della convenzione dell'Aia del 1907 riguardante le leggi della guerra continentale stabilisce cosa può essere confiscato mediante la requisizione.

Sinora la requisizione era riservata agli eserciti. Essi si procuravano, tramite la requisizione, vale a dire con la confisca contro pagamento di un'indennità, quei beni che non potevano ottenere per la via normale, vale a dire con l'acquisto oppure col noleggio. La confisca attraverso la requisizione di beni situati all'interno del nostro Paese riveste, in considerazione del sistema svizzero di milizia, un'importanza particolare. Al contrario di un esercito permanente, al nostro esercito di milizia occorre soltanto in caso di mobilitazione un equipaggiamento supplementare. Oltre alle armi e agli apparecchi militari il nostro esercito abbisogna di parti dell'equipaggiamento come per esempio veicoli a motore, attrezzi del genio civile che dovranno essere procurati solo in caso di mobilitazione o più tardi. Dopo che l'impiego di mezzi di combattimento basati sul terrore contro la popolazione civile, dalla Seconda Guerra mondiale in poi, è sensibilmente aumentato, il problema della *protezione della popolazione civile* acquista sempre maggiore importanza. In relazione a questo stato di cose venne emanata la Legge federale sulla protezione civile del 23 marzo 1962. L'art. 76 prevede che in tempo di servizio attivo *la protezione civile ha diritto di requisire* alle stesse condizioni che l'esercito.

Il cpv. 2 del medesimo articolo stabilisce che i preparativi necessari devono essere fatti già in tempo di pace. L'art. 91 determina che il Consiglio federale disciplina la collaborazione della protezione civile con l'esercito e l'economia di guerra. Sulla base dell'art. 89 il Consiglio federale emana le necessarie disposizioni esecutive e procedurali.

Basandosi su questi 3 articoli della Legge federale sulla protezione civile il Consiglio federale ha emanato in data del 3 aprile 1969 l'*Ordinanza concernente la requisizione*. Sono state così gettate le basi per un nuovo ordinamento della requisizione per l'esercito, la protezione civile e l'economia di guerra. In questo modo viene conferito, *per la prima volta, il diritto di requisizione a organi civili*.

Il concetto della requisizione non è unitario. A seconda dei beni da requisire e delle necessità degli organi statali aventi diritto, possono essere applicati diversi modi di requisizione. Si distinguono le 3 seguenti specie di requisizione:

1. Requisizione di base (o di mobilitazione)

«Essa comprende tutte le cose di cui abbisognano gli aventi diritto dall'inizio o per la durata della loro attività, per completare il loro equipaggiamento basilare, segnatamente i veicoli a motore, gli aeromobili, gli attrezzi del genio civile e gli animali»;

2. Requisizione ordinaria

«Si estende a tutte le cose occorrenti agli aventi diritto per l'esecuzione di un compito, quando l'equipaggiamento basilare o i mezzi procurati dalla requisizione di base non bastano o non sono più disponibili»;

3. Requisizione d'urgenza

«Può entrare in considerazione soltanto in caso di circostanze straordinarie, specialmente per prestare soccorso quando si verificano catastrofi o in guerra, qualora le cose necessarie non possano essere approntate tempestivamente con la requisizione di base o quella ordinaria»;

Al momento attuale, per la *protezione civile* la *preparazione della requisizione di base dei beni immobili* è la più urgente. In molti luoghi, il numero degli impianti e dei dispositivi già approntati dagli organismi della protezione civile è insufficiente. Trascorreranno ancora degli anni prima che queste lacune possano essere colmate.

In caso di servizio attivo bisognerà pertanto contare sul fatto che i necessari impianti e dispositivi non saranno ancora disponibili. Per questi motivi, quale misura preventiva, i necessari locali dovranno essere approntati in tempo utile.

La scelta di questi impianti provvisori avverrà sulla base «di direttive sull'edilizia di protezione civile» che fissa le esigenze minime richieste per questi impianti provvisori.

La preparazione alla requisizione di base di edifici per la protezione civile viene effettuata dall'Ufficio federale della protezione civile e dagli organismi locali di protezione quali *aventi diritto*.

Le istanze di requisizione vengono esaminate dalla sottodivisione del Servizio territoriale quale *organo di requisizione* competente. La vigilanza sulla requisizione viene assicurata dalla commissione di requisizione che decide in caso di divergenze e che è anche competente per l'assegnazione.

La preparazione della requisizione di base per altre cose necessarie alla protezione civile, come veicoli a motore, macchine da costruzione ecc. verrà elaborata in prosieguo di tempo.

Con il *diritto alla requisizione* lo Stato si arroga, in «tempo di servizio attivo» il diritto di intromettersi nella proprietà privata dell'individuo per l'adempimento dei suoi compiti nell'interesse dell'intero Paese.

Nell'ordinanza concernente la requisizione sono perciò previste *diverse misure di protezione*:

1. Il diritto alla requisizione è limitato solo «al tempo di servizio attivo». Una requisizione in tempo di pace non è possibile. È comunque pacifico che gli organi preposti approntino, già in tempo di pace, un piano nel quale siano previsti, per esempio, l'obbligo di mettere a disposizione un certo numero di veicoli a motore oppure la requisizione di base per taluni edifici.
2. La *requisizione si limita* ai beni che sono *strettamente necessari* all'adempimento del compito e che non possono essere ottenuti in altro modo, quali l'acquisto, il noleggio ecc.
3. Le cose che non servono più vanno *immediatamente restituite* ai loro proprietari.
4. L'*obbligo* degli aventi diritto alla requisizione di pagare un'indennità ai proprietari, secondo il

- Decreto del Consiglio federale del 24 giugno 1968 che fissa le indennità e i valori massimi di stima per la requisizione.
5. Non possono essere requisiti, per esempio, i beni mobili ed immobili delle missioni diplomatiche, i mezzi di trasporto esteri (fatte alcune riserve) ed altri.

Per concludere, possiamo affermare che la protezione civile, attraverso la regolamentazione della requisizione, ha ricevuto uno strumento che potrà essere impiegato con successo nei compiti importanti che le si presenteranno in caso di servizio attivo.

Rapporti dell'Ufficio federale della protezione civile con i capi degli Uffici cantonali della protezione civile in ottobre e dicembre 1968

Domanda dei cantoni

Costituzione di OPS e installazione di impianti e dispositivi presso gli stabilimenti federali e le imprese di trasporto concessionarie.

A proposito degli stabilimenti federali e delle imprese di trasporto concessionarie, ed in modo speciale degli obiettivi militari (arsenali, aerodromi, PAEs, ecc.), vengono sollevati diversi interrogativi che richiedono qualche messa a punto.

Citiamo i seguenti esempi:

- *Devesi, presso un arsenale o in un aerodromo, costituire un OPS anche se questi obiettivi saranno, in caso di pericolo aumentato, rilevati dalle rispettive formazioni militari?*
- *In caso affermativo, con quali mezzi personali?*
- *Questi obiettivi saranno poi inclusi nel piano di protezione civile quali OPS?*
- *Come dovrà poi essere regolata la questione dell'attribuzione del materiale a questi OPS?*
- *Che ne è dell'obbligo di costruzione di rifugi ed eventualmente di impianti e di dispositivi per gli OPS in caso di nuove costruzioni presso tali obiettivi? Chi dovrebbe stabilirne il dimensionamento, ad esempio in una caserma?*

Risposta dell'Ufficio federale

A. Dal punto di vista della protezione di stabilimento, gli stabilimenti militari si possono ripartire nei seguenti gruppi (vedasi allegato):

1. Stabilimenti che, dopo la mob G, continuano la loro attività con personale proprio
 - Officine militari dell'ADA
 - Servizio topografico federale
 - Scuola federale di ginnastica e sport
2. Stabilimenti la cui attività è continuata, dopo la mob G, da formazioni militari:

- a) Stabilimenti che sono rilevati da formazioni militari, i cui appartenenti lavorano già oggi nei rispettivi stabilimenti e ne organizzano la protezione
 - IMG, PAEs incl. = formazioni del materiale
- b) Stabilimenti occupati da formazioni militari esterne che vi devono organizzare le rispettive misure di protezione
 - G + F = fortificazioni
 - SAM = cp G aerod
 - CCG = unità deposito carburanti
 - San = formazioni sanitarie

3. Stabilimenti che, dopo la mob G, restano vuoti od il cui personale sia insufficiente per costituire un corpo di pompieri di stabilimento: secondo la situazione tattica

Gli stabilimenti del *gruppo 1* che in tempo di pace dispongono di un corpo di pompieri di stabilimento devono, in tempo di servizio attivo, costituire ed istruire un OPS che sia in grado di assumere la protezione del personale e degli obiettivi in caso d'incendio e di distruzione. L'OPS sarà formato da uomini liberati dal servizio e al beneficio d'una dispensa di guerra, che lavorano nello stabilimento.

Gli stabilimenti del *gruppo 2a* che, come quelli del gruppo 1, dispongono d'un corpo di pompieri di stabilimento, hanno pure da costituire ed istruire un OPS. L'OPS sarà formato, oltre che dagli esenti da ogni obbligo di servizio, anche da militi delle formazioni del materiale. L'OPS assume la protezione dello stabilimento finchè questa non sia totalmente rilevata da formazioni militari. A partire da questo momento, è la rispettiva unità che deve assicurare la protezione dello stabilimento. Per tale compito, essa dispone dei quadri e degli uomini istruiti nel servizio di fuoco e di salvataggio, nonché dei membri e del materiale dell'OPS esistenti fino al momento.

Negli stabilimenti del *gruppo 2b*, che di regola già possiedono un corpo pompieri di stabilimento, la protezione antincendio sarà dallo stesso assicurata finchè gli impianti non siano occupati dalle formazioni militari. A partire da questo momento, la protezione dello stabilimento verrà assunta da queste unità. Per la lotta contro gli incendi, esse potranno disporre del materiale d'estinzione che si trova nello stabilimento. Gli stabilimenti vuoti del *gruppo 3* potranno essere tenuti in considerazione per i bisogni della protezione civile a seconda della situazione del momento, ad esempio quali centri di raccolta dei senzatto, oppure quali magazzini, od ancora come luoghi di deposito del materiale salvato, ecc.

Secondo l'ordinanza sulla protezione civile negli stabilimenti federali e nelle imprese di trasporto concessionarie del 22 ottobre 1965, attualmente in vigore, esiste per gli stabilimenti federali l'obbligo di istituire organismi di protezione. La necessità di costituire in tempo di pace dei corpi di pompieri degli stabilimenti, a motivo della diversità degli stessi, non dispensa per nulla gli stabilimenti militari dall'istituzione di un OPS per il caso di servizio attivo. L'attribuzione del materiale agli stabilimenti militari federali avviene attraverso i rispettivi uffici di protezione.

B. Giusta le direttive interne dell'UFPC del 31 gennaio 1968, emanate d'intesa con l'Amministrazione

federale delle finanze, le caserme di nuova costruzione o che subiscono importanti trasformazioni e che si trovano in comuni obbligati ad istituire un organismo di protezione devono essere provviste di impianti di protezione e dei relativi dispositivi, conformemente alle istruzioni in vigore per le costruzioni dei rifugi privati; inoltre, secondo le possibilità, esse devono contenere gli impianti di protezione e i relativi dispositivi per gli organismi di protezione di stabilimento. Nelle caserme che devono servire da ospedali di base e che vanno come tali predisposte, si dovrà prevedere in ogni caso un organismo locale di protezione di stabilimento.

Per i comuni che non hanno obblighi di protezione civile vale la stessa regolamentazione, in quanto le caserme siano previste e predisposte quali ospedali di base. Circa le caserme senza ospedale di base, è bene attenersi volontariamente alle misure generali edilizie, nel quadro delle possibilità finanziarie e costruttive, anche per promuovere l'idea della protezione civile.

I campi militari provvisti di cantinati sono parificati alle caserme.

Le piazze d'armi che non sono di proprietà della Confederazione sottostanno alle stesse norme e condizioni.

(Gli arsenali cantonali sono equiparati agli OPS dell'amministrazione cantonale.)

Conformemente all'art. 1 dell'ordinanza sulla protezione civile negli stabilimenti federali e nelle imprese di trasporto concessionarie del 22 ottobre 1965, le nuove costruzioni di caserme vengono trattate giusta l'ordinanza del 15 maggio 1964 sull'edilizia di protezione civile. Il dimensionamento, la questione dei posti, ecc. saranno messi a punto insieme con l'OFPC. Ciò vale anche per tutti gli edifici degli stabilimenti federali.

Il riporto di questi impianti nel piano di protezione civile è regolato, da una parte, dalla legge federale del 23 giugno 1950 concernente la protezione delle opere militari e, dall'altra, dall'art. 4 delle istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile del 1° ottobre 1964 concernenti l'allestimento dei piani di protezione civile e dei rispettivi documenti.

Come base ha da valere le seguente regola:

«Tutti gli stabilimenti obbligati alla protezione civile figuranti nel piano della località devono essere compresi nel dispositivo di protezione civile.»

Nei casi di dubbio, l'ufficio cantonale o comunale della protezione civile dovrà informarsi presso il capo del rispettivo OPS federale o presso l'istanza superiore, per sapere se procedere o no all'inclusione.

Allegato

Gruppo	Organizzazione		
	in tempo di pace	in servizio attivo	Rilevamento da parte di formazioni militari
1 (Stabilimenti in regia)	Pompieri dello stabilimento	OPS Personale: uomini dello stabilimento liberati dal servizio ed al beneficio di una dispensa di guerra Materiale: secondo elenco del materiale della protezione civile Articolazione: OPS con servizi Stato di prontezza: come gli OPS privati	No
2a (IMG)	Pompieri dello stabilimento	OPS Personale: esenti da obblighi militari, militi delle formazioni del materiale Materiale: secondo elenco del materiale della protezione civile Articolazione: OPS con servizi Stato di prontezza: come gli OPS privati	Protezione degli impianti da parte delle rispettive formazioni militari (con materiale degli OPS)
2b (G + F, CCG)	Pompieri dello stabilimento	Pompieri dello stabilimento (I funzionari e gli impiegati con dispensa di guerra restano sul posto)	Protezione degli impianti da parte delle rispettive formazioni militari (con materiale dei pompieri dello stabilimento)
3 (A seconda della situazione tattica: stabilimenti vuoti)	Eventualmente pompieri dello stabilimento	Eventualmente pompieri dello stabilimento Se l'impianto è vuoto, l'OPS può disporre ad esempio quale deposito, centr. racc. ST	Secondo la situazione tattica